Diskursstrategien einer permanenten neoliberalen Reformagenda

Diskursprofil der Agenda Austria in medialen Debatten

Stephan Pühringer[*] und Bernd Liedl[**]

1 Einleitung

Betrachtet man den Verlauf wirtschafts- und sozialpolitischer Reformdebatten in österreichischen Qualitätsmedien (sei es im Bereich der Pensionen, der Bildung oder der Mindestsicherung) so ist in den letzten Jahren ein für Österreich relativ neuer Trend zu beobachten: Mit erhöhter Frequenz und steigendem Erfolg treten neoliberale wirtschaftspolitische Think Tanks – und hier insbesondere die Agenda Austria – prominent in Erscheinung. Dabei ist ihre Argumentation meist auf einer dichotomen Gegenüberstellung eines „ineffizienten, unökonomischen und teuren Staates“ und eines „effizienten, selbstregulierenden Marktes“ begründet. Betrachtet man die personelle, finanzielle und institutionelle Verknüpfung dieser Think Tanks so kann diese Entwicklung als Versuch ökonomisch einflussreicher Interessengruppen (etwa der IV, die im Kontext der Gründung und Finanzakquise der Agenda Austria aber auch des Hayek Instituts eine zentrale Rolle spielt; Pühringer/Stelzer-Orthofer 2016) verstanden werden – gerade auch nach der Finanzkrise 2008 – eine neoliberale Reformagenda in der Wirtschafts- und Sozialpolitik durchzusetzen. Über ihr konzertiertes Vorgehen als marketingorientierter, moderner Think Tank mit der Publikation von kurzen, mit Grafiken aufbereiteten Newslettern und Policy-

[*] Johannes Kepler Universität Linz, Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft, Altenbergerstraße 69, 4040 Linz, email: stephan.puehringer@jku.at.

[**] Universität Wien, Institut für Soziologie, Roosevelt Platz 2, 1090 Wien, email: bernd.liedl@univie.ac.at.

Briefs, die über verschiedene Social Media Plattformen verbreitet werden, ist hier die Agenda Austria als Prototyp dieser Entwicklung zu sehen und wird von uns exemplarisch analysiert.

Aufschlussreich ist in diesem Kontext, auf welche Weise AkteurInnen der Agenda Austria versuchen, eine neoliberale Reformagenda zu implementieren und welche Rolle Qualitätsmedien in der Transmission bestimmter Denkmuster in einen breiteren wirtschafts- und sozialpolitischen Diskurs spielen können. Wir werden daher analysieren, wie VertreterInnen der Agenda Austria in Zeitungsartikeln in österreichischen Qualitätsmedien argumentieren, auf welche (ökonomischen) Denkmuster hier aufgebaut wird, welche Personengruppen als AdressatInnen der zentralen Botschaften dienen und von welchen Idealtypen man sich hier implizit oder explizit abzugrenzen versucht. Wir werden also ein Diskursprofil der Agenda Austria in österreichischen wirtschafts- und sozialpolitischen Debatten erstellen, das ein besseres Verständnis der zunehmenden neoliberalen Diskurshegemonie in Reformdebatten in diesem Feld ermöglicht. Der vorliegende Artikel ist folgendermaßen aufgebaut:

In Kapitel 1 wird anhand der Arbeiten von Michel Foucault die theoretische Verbindung von Diskurs und Macht dargestellt. Dazu wird die Agenda Austria in der aktuellen Literatur zu (neoliberalen) Think Tanks verortet. Kapitel 3 erläutert die methodische Vorgehensweise dieses Artikels. Anhand einer Diskursanalyse werden in Kapitel 4 in einem ersten Schritt zentrale Themenbereiche und Argumentationsmuster der Agenda Austria aufgedeckt. In einem zweiten Schritt zielt eine Metaphernanalyse auf die Analyse von impliziten Denkstrukturen und Denkziele ab. In Kapitel 5 werden noch einmal die zentralen Erkenntnisse dieses Artikels dargestellt.

2 Theoretische Vorbemerkungen

Michel Foucault (1994) hat in „Überwachen und Strafen“ nachgezeichnet, wie Diskurse über Disziplinierung und Selbstdisziplinierung der Individuen handlungsrelevant werden können. In Diskursen werden Normen vermittelt und durch die ununterbrochene Überwachung und Sanktionierung so weit kontrolliert, dass eine Abweichung von ihr unmöglich erscheint. Die Norm entwickelt sich von dem, wie gehandelt werden soll, zu dem, wie gehandelt werden muss, und schließlich durch Selbstdisziplinierung zu dem, wie gehandelt werden will. Über Disziplinierung können konforme Handlungen von vielen Menschen produziert werden[1]. Thomas Lemke beschreibt, dass Foucault auf die Krise des fordistischen Staates, der nationalen Regierungen und Wirtschaften reagiert hat, und dass ein Wechsel zu aktiven und verantwortlichen postfordistischen AkteurInnen in den Begriffen Foucaults dargestellt werden kann (Lemke 2003, S.268). Die Disziplinierung durch staatliche Institutionen tritt in den Hintergrund, und es wird zur Ausübung von Macht ohne staatliche Kontrolle übergegangen. So werden „Formen der Selbstführung wie Techniken der Fremdführung“ (Lemke 2003, S.269) gleichermaßen in den Blick genommen. Anstatt Unterordnung unter staatlicher Kontrolle sollen Individuen durch die Übertragung von Eigenverantwortung geführt werden.

Für den Übergang von der fordistischen zur postfordistischen Gesellschaft kann festgehalten werden: Einerseits wird versucht die Handlungsmöglichkeiten zu erweitern, indem staatliche Kontrolle zurückgenommen wird; andererseits muss Macht über das Einwirken auf Handlungswahrscheinlichkeiten ausgeübt werden, da eben die direkte Kontrolle der Handlungen geschwächt wird. Dabei wird die Disziplinierung – also das explizite Verbot von Handlungen und die Sanktion von Abweichung – immer stärker zurückgefahren (Lemke/ Krasmann/ Bröckling 2000, S.29–30). Wenn Foucault dabei von „Regierung“ oder „Führung“

[1] Nancy Fraser hingegen argumentiert, dass diese Form der Disziplinierung charakteristisch ist für die Phase des Fordismus: „Michel Foucault war der große Theoretiker der fordistischen Form der Regulierung“ (Fraser 2003, S.239). Während Fraser meint, Foucault könne mit seinen Begriffen die Postmoderne nicht mehr adäquat beschreiben, da hier der Idealtyp „ein aktiver und verantwortlicher Akteur“ (Fraser 2003, S.255) ist, soll hier der Argumentation Lemkes gefolgt werden.

spricht, so zielt er ganz allgemein auf die Führung von Menschen ab. Der Begriff „Regieren“ wird daher nicht nur auf die Ebene von politischen Institutionen angewandt, sondern auf jede Form von Führung (Bublitz 2014, S.85–86). „Machtausübung besteht im ‚Führen der Führungen‘ und in der Schaffung von Wahrscheinlichkeit“ (Foucault zit. in Lemke et al. 2000, S.28). Macht wird ausgeübt, indem die Fremdführung oder die Selbstführung beeinflusst wird.

In früheren Werken von Foucault tritt diese Macht anonym auf, sie wirkt in der Gesellschaft, ohne dass AkteurInnen Macht besitzen. Der Sitz der Macht ist der Diskurs – der Diskurs „ist die Macht, deren man sich zu bemächtigen sucht“ (Foucault 1991, S.11) –, und Foucault sieht in seinen Analysen von AkteurInnen weitgehend ab, welche sich am Diskurs beteiligen. Diskurse üben ihre Macht durch Individuen aus, wobei diese Individuen selbst keine AkteurInnen der Machtausübung sind. Als Foucault später seinen Schwerpunkt auf das Konzept der Gouvernementalität legt, rücken auch die Individuen in den Fokus. Sie sind der Macht nicht mehr bloß ausgeliefert, sondern es wird ihre aktive Rolle in Diskursen berücksichtigt. „Waren Subjekte in den vorigen Überlegungen Foucaults […] als passive Objekte im Schnittpunkt von Macht und Wissensproduktion erschienen, so tauchen sie jetzt im Fokus der Analyse in einer Art Doppelbewegung auf: als produzierte und zugleich als aktive, machtausübende, auf das Handeln anderer einflussnehmende und zur Selbstführung fähige Subjekte“ (Pieper 2003, S.137–138). Dieser Perspektivenwechsel ist von Bedeutung, da nicht mehr nur der Diskurs im Zentrum der Analyse steht, sondern auch die kommunizierenden AkteurInnen Beachtung finden. Somit kann der Frage nachgegangen werden, wer auf wen durch die im Diskurs vermittelten Inhalte einwirken will.

Die Inhalte von Diskursen werden relevant, wenn sie von Individuen als Wissen aufgenommen werden. Sowohl Fremd- als auch Selbstführung hängen unmittelbar mit dem Wissen darüber zusammen, wie die Welt beschaffen ist und welche Zustände der Welt erstrebenswert sind; es strukturiert, welcher Norm gefolgt wird und welche Mittel adäquat erscheinen, die angestrebten Ziele zu erreichen. Indem Diskurse Wissen produzieren kann durch sie auf zwei Weisen auf die Bevölkerung eingewirkt werden: Einerseits strukturieren Diskurse die Ausübung von Fremdführung; andererseits strukturieren Diskurse die Ausübung

von Selbstführung. Wie der Disziplinierung liegen auch der Selbst- und Fremdführung Normen zugrunde, welche über Diskurse vermittelt werden (Bublitz 2014, S.91–92).

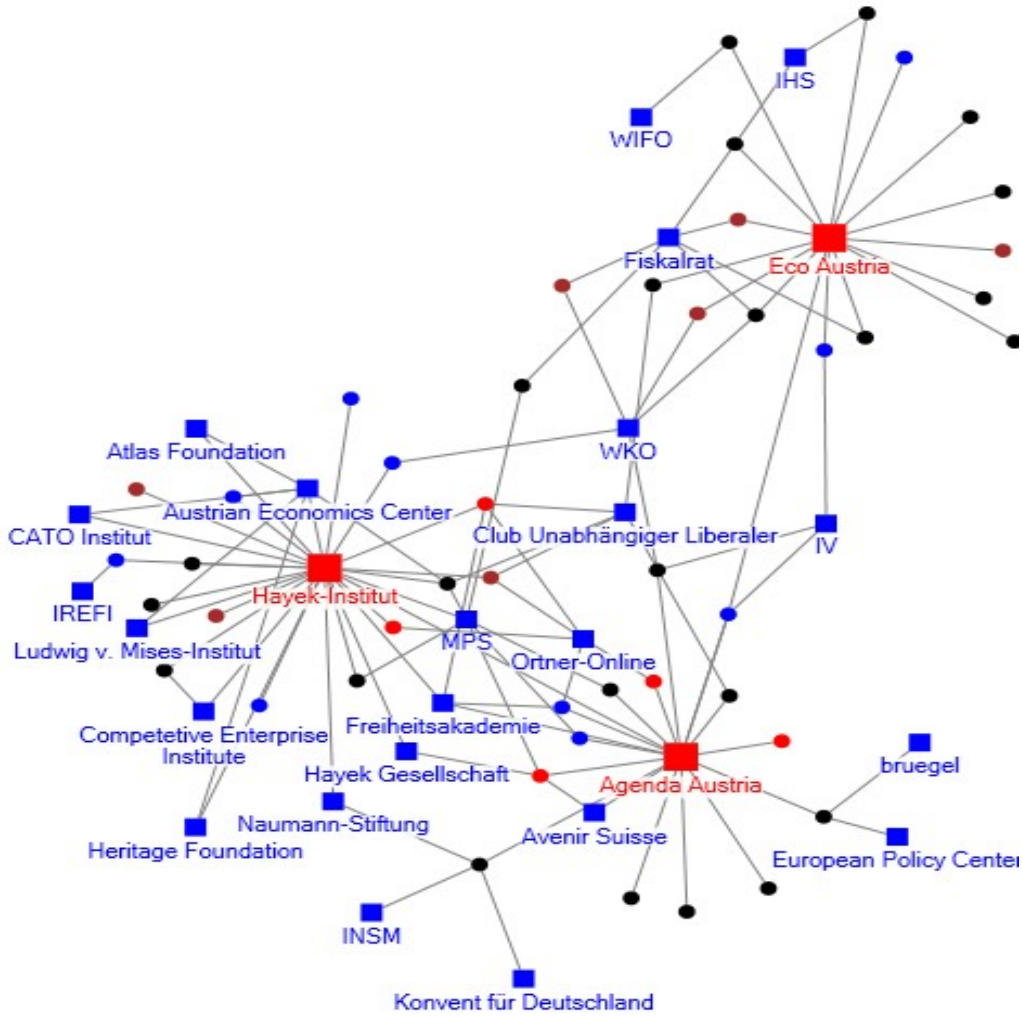
Im empirischen Teil werden wir am Beispiel eines neoliberalen Think Tanks – der Agenda Austria – den Fragen nachgehen, welche AkteurInnen in ihrem Diskurs zu welchen Themen in welcher Weise angesprochen werden, welche Normen erreicht werden sollen, wie für diese Normen argumentiert wird und welche Techniken der Fremd- und Selbstführung den angesprochenen AkteurInnen vorgeschlagen werden. Damit verfolgen wir in dieser Arbeit das Ziel durch die Erstellung eines „Diskursprofils" der Agenda Austria in politischen Debatten österreichischer Qualitätsmedien, einerseits die institutionelle Positionierung eines zentralen neoliberalen Akteurs und andererseits auch neoliberale Diskursmuster der Normensetzung zu identifizieren.

Die Agenda Austria eignet sich aus mehreren Gründen für die Zielsetzungen dieses Artikels. Erstens ist die Agenda Austria sowohl institutionell wie auch personell in eine „Diskurskoalition" aus neoliberalen und marktliberalen Institutionen und Think Tanks verbunden, die mehrheitlich für die Eingrenzung, Begrenzung und den Rückbau des österreichischen Sozialstaats eintreten (Pühringer/Stelzer-Orthofer 2016, Schlögl/Plehwe 2015). Mit der Verwendung des Begriffs Neoliberalismus, bzw. neoliberal verweisen wir auf die gemeinsamen historischen Wurzeln und engen institutionellen Verbindungen dieses Projekts, das bei aller Heterogenität unterschiedlicher Strömungen doch auf einen gemeinsamen Kern rund um die Mont Pelerin Society zurückzuführen ist (Mirowski 2013, Plehwe/Walpen 2006) und dessen VertreterInnen die polit-ökonomische und epistemologischen Überzeugung der Überlegenheit des Marktprinzip über alle anderen Prinzipien gesellschaftlicher Ordnung teilen (Ötsch/Pühringer 2015).

Zudem wird die Agenda Austria finanziell von ökonomisch mächtigen AkteurInnen aus der Industrie- und Finanzwirtschaft unterstützt, ist in ein enges Netzwerk aus markt- und neoliberalen Institutionen und Think Tanks eingebunden (siehe Abb. 1), wurde auf Anregung und Initiative der österreichischen Industriellenvereinigung (IV) gegründet und agiert im Sinne der Interessen der ProfiteurInnen neoliberaler wirtschaftspolitischer Reformen, auch wenn man auf Seiten der Agenda Austria bemüht ist, jegliche Form einer personellen

und/oder institutionellen „Vernetzung“ oder „Verbindung“ zu AkteurInnen wie der IV zu bestreiten (Köppl-Turnya et al. 2016).

Abbildung 1: Vernetzung der Agenda Austria in einer "neoliberalen Diskurskoalition" (Pühringer/Stelzer-Orthofer 2016:88)



Zweitens kann die Agenda Austria in der in der Think Tank Forschung einflussreichen Kategorisierung von McGann/Weaver (2005) und McGann (2016) als Beispiel eines advokatorischen Think Tanks betrachtet werden, die durch eine klare ideologische Positionierung gekennzeichnet sind und deren zentrales Interesse es ist, ihre weltanschaulichen Prinzipien offensiv medial „zu vermarkten“ (Thunert 2006)[2]. Dabei setzt

[2] Anders als andere advokatorische Think Tanks operiert die Agenda Austria zwar ebenso auf einer

dieser Think Tank neben aktivem Engagement in klassischen Printmedien besonders auf die intensive und professionelle Nutzung neuer sozialer Medien. Drittens hat sich die Agenda Austria trotz ihres erst relativ kurzen Bestehens in der Debatte um eine Pensionsreform, eine Bildungsreform wie auch eine Reform der sozialen Sicherungssysteme als zentraler Akteur in der Zuspitzung neoliberaler Reformprogrammatik hervorgetan.

Zusammenfassend bietet die Agenda Austria ein aufschlussreiches Untersuchungsobjekt für eine Analyse der Charakteristika und Argumentationsstrategien für die Frage nach dem Aufbau und der Verfestigung einer neoliberalen Diskurshegemonie in österreichischen sozial- und wirtschaftspolitischen Debatten.

3 Methodisches Vorgehen

Methodisch baut dieser Artikel auf theoretische Erkenntnisse aus dem Bereich der von Foucault inspirierten Kritischen Diskursanalyse (CDA) (Fairclough and Wodak 1997, Jäger 2012, Wodak 2013) auf. Hierbei werden Diskurse als Zusammenwirken von spezifischem Sprachgebrauch mit sozialen und kulturellen Prozessen des Hegemonieerhalts verstanden. Somit können diskursiv wirksame dominante Denkmuster und Denkstrukturen in politischen Debatten gleichsam auch als Ausdruck sozialer und politscher Machtverhältnisse interpretiert werden, die sich in spezifischen Narrativen manifestieren.

Eine zentrale Rolle für die Transmission spezifischer Denkstile (Fleck 1980) kommt dabei insbesondere Leitmedien wie Qualitätszeitungen zu. In diesem Artikel werden daher zentrale Metaphern und Diskursmuster von MitarbeiterInnen der Agenda Austria herausgearbeitet und in weiterer Folge exemplarisch untersucht, inwieweit und in welchen thematischen

---

festen ideologischen Basis und bedient sich dazu einer professionellen Öffentlichkeitsarbeit, die etwa auch die in hoher Frequenz (meist 2-3 mal wöchentlich) erscheinenden Newsletter. Gleichzeitig betreiben MitarbeiterInnen der Agenda Austria aber auch eigenständige wirtschaftswissenschaftliche Forschung. Einige der Studien von AutorInnen der Agenda Austria bilden teilweise auch die Grundlage für die politische Öffentlichkeitsarbeit. In diesem Punkt trifft die Kategorisierung der Agenda Austria als advokatorischer Think Tank nicht in seiner Gesamtheit zu. Wenn wir in weiterer Folge ein Diskursprofil der Agenda Austria auf Basis ihrer diskursiven Wirkungen in medialen Debatten erstellen, liegt der Fokus unserer systematischen Analyse daher auf ihrem policy involvement und nicht ihren wissenschaftlichen Publikationen.

Debatten diese auch für wirtschaftspolitische Entscheidungsfindungen relevant sind, bzw. inwieweit hier Kongruenzen und Widersprüche bestehen[3].

Für den Bereich der sprachlichen Feinanalyse mit dem grundlegende Denkstrukturen und Denkstile von AkteurInnen der Agenda Austria herausgearbeitet werden, beziehen wir uns auf die kognitive Metaphorntheorie (CMT), die maßgeblich auf Arbeiten von Lakoff/Johnson (1980, 1999; Schmitt 2005) zurückgeht. CMT betont die Auswirkungen des Sprachgebrauchs auf den Prozess der Realitätskonstruktion. Metaphern kombinieren in diesem Sinn abstrakte Denkweisen. Durch die sprachliche Übertragung von einem Quellbereich auf einen Zielbereich kommt es danach auch zu einer Übertragung des inhaltlichen Bedeutungsgehalts der Aussage. Lakoff und Johnson (1980) zeigen, dass Texte und Aussagen voll von konzeptionellen Metaphern sind, die integraler Bestandteil kognitiver Prozesse der Sinngebung sind und menschliches Denken generell in Bildern stattfindet: "Primarily on the basis of linguistic evidence, we have found that most of our ordinary conceptual system is metaphorical in nature. And we have found a way to begin to identify in detail just what the metaphors are that structure how we perceive, how we think, and what we do" (Lakoff/Johnson 1980, S.124).

Die in diesem Artikel beschriebene Analyse basiert auf einer Auswahl an 110 Artikeln mit 274 A4-Seiten der beiden österreichischen Qualitätsmedien „Der Standard" und „Die Presse" im Zeitraum vom 1.7.2014 bis zum 30.6.2016, in denen auf die Agenda Austria Bezug genommen wurde, bzw. die direkt von MitarbeiterInnen der Agenda Austria verfasst wurden. Im ersten Arbeitsschritt wurde angelehnt an die Methode der CDA analysiert, welche AdressatInnen die Artikel haben, welche Problemlage definiert wird und welche Handlungsoptionen daraus abgeleitet werden. Damit soll dem interpretativen Charakter der Problemkonstruktion Rechnung getragen, der insbesondere in den Critical Policy Studies

[3] Klarerweise ist die Frage einer kausalen Zuschreibung eines handlungsleitenden Einflusses einzelner AkteurInnen innerhalb der Agenda Austria auf politische Entscheidungen schwer zu beantworten. Wir versuchen in diesem Artikel daher aufzuzeigen, wo und wie Argumentationsmuster der Agenda Austria in politischen Debatten aufgegriffen wurden, bzw. sich ihre zugrundeliegenden Denkstrukturen in Diskursen reflektieren.

betont wird: „[political] problem solution depends on the prior work of problem construction […], and this work is deeply rhetorical and interpretive“ (Fischer/Forester 1993, S.6). In Folge wird einerseits aufgezeigt, in welchen politischen und institutionellen Kontexten die Agenda Austria referiert wird und welche diskursiven Wirkungen dabei angestrebt werden.

Im nächsten Arbeitsschritt wurden die Artikel auf jene 140 Textfragmente (direkte und indirekte Zitate von MitarbeiterInnen der Agenda Austria) reduziert, die Aussagen mit metaphorischem oder bildhaftem Charakter beinhalteten. Auf Basis der CMT und als Weiterführung der CDA wurden daraus folgende im Detail dargestellte konzeptuellen Metaphern der Agenda Austria in der österreichischen politischen Debatte abgeleitet, die abschließend in Abstimmung mit den Ergebnissen der Diskursanalyse zu einem Diskursprofil der Agenda Austria zusammengestellt wurden.

4 Das Diskursprofil der Agenda Austria

4.1 Rahmenanalyse des Diskurses von AkteurInnen der Agenda Austria

90 der 110 Zeitungsartikel konnten acht Themenbereichen zugeordnet werden, welche die wichtigsten Diskursfelder darstellen. Da diese Themenbereiche nicht scharf voneinander zu trennen sind, wurden auch manche Artikel mehreren Bereichen zugeordnet. In jedem Themenbereich definiert die Agenda Austria bestimmte Probleme, schlägt vor, wie diese Probleme gelöst werden können und schlägt auch konkrete Handlungen vor. Diese Ergebnisse sind in Tabelle 1 dargestellt.

Tabelle 1: Die wichtigsten angesprochenen Themenbereiche mit jeweiliger Problemdefinition und –lösung, sowie Handlungsempfehlungen.

Themen-bereich	Anzahl Artikel	Problemdefinition	Problemlösung	Handlungsempfehlung
Pension	16	Pensionen nicht nachhaltig, weil zu wenige „Aktive“ pro PensionistIn	Länger arbeiten	Höhere Abschläge bei vorzeitiger Pensionierung; Antrittsalter erhöhen; Lohnverzicht im Alter
Arbeits-losigkeit	16	Schwache Konjunktur; Angebot am Arbeitsmarkt	Wirtschaft fördern; Menschen dem Arbeitsmarkt anpassen	Bedingungen für GründerInnen u. InvestorInnen bessern; Aus- u. Weiterbildung

Bildungs-mobilität	9	Nur in bildungsfernen Schichten ist wenig Mobilität	Früh die Bildungs-unterschiede ausgleichen	Förderung von Schulen mit „Risikoschülern“
Föderalismus	10	Einnahmenzentralismus und Ausgabenföderalismus	Steuerautonomie der Länder; Bund auf Minimalstaat beschränken	Länder sollen zum Teil selbst Steuern einnehmen statt Finanzausgleich
Steuern, Budget	19	Hohe Schulden trotz hoher Steuern	Verringerung der Abgabenquote; Verringerung der Staatsausgaben	Kalte Progression abschaffen; Vermögen als Vorsorge, nicht Staat
Ungleichheit	11	Einkommens-ungleichheit: freie Entscheidung (Teilzeit); Vermögensungleichheit: Aufbau schwer möglich	Verringerung Abgabenquote; Chancengleichheit	Förderung von Schulen mit „Risikoschülern“; Kalte Progression abschaffen; Lohnsteuer, Sozialabgaben senken
Wirtschafts-wachstum, Wirtschafts-standort	11	AUT verliert in Standortrankings (aber Wohlstand nur durch Wirtschaft)	„Zuallererst braucht es bessere Bedingungen für Unternehmer und niedrigere Arbeitskosten.“ (Standard 2016_Q2)	Regulierungen zurücknehmen; Gründungen erleichtern; Lohnkosten senken; TTIP beitreten
Wohnen	6	Manche zahlen zu hohe Mieten, manche zu niedrige, weil kein Markt	Wohnungsmarkt herstellen	Verträge individuell aushandeln; Anreiz zu Eigentum; Privates Vermieten muss sich lohnen

Über alle Themenbereiche hinweg können ähnliche Argumentationsmuster identifiziert werden, damit die Agenda Austria ihre Problemlösungen plausibilisiert. Den kollektiven Akteuren, wie dem Staat oder den Sozialpartner, wird generell beschieden, die Probleme nicht lösen zu können. Die kollektiven Akteure können nicht effizient handeln, da sie das freie Spiel des Marktes eher behindern als fördern.

Die Agenda Austria sucht die Lösung stets in der Verschiebung der Verantwortung von kollektiver auf individuelle Ebene – auch wenn auf dieser individuelle Ebene wiederum kollektive Akteure zu finden sind, wie beispielsweise die Bundesländer im Themenbereich Föderalismus. Diese Reduzierung auf individuelle Akteure ist nötig, damit diesen Akteuren ihre spezifischen Leistungen zugeschreiben werden können; nach den Leistungen richtet sich, was ihnen zusteht. Unter Leistung wird hier vor allem produktiver Output verstanden. Beispielsweise wird gefordert, dass Löhne nicht mehr automatisch mit dem Alter der ArbeitnehmerInnen steigen, sondern im Alter wieder sinken, da die Produktivität älterer

ArbeitnehmerInnen sinkt. Davon verspricht sich die Agenda Austria eine Reduktion der Altersarbeitslosigkeit. „Es wäre zu überlegen, ob eine Lohnanpassung entsprechend der Leistungsentwicklung nicht im Interesse der Arbeitnehmer wäre“ (Presse 2015_Q3)[4]. Auch gegen Mindestlöhne wird mit dem Leistungsprinzip argumentiert: Im Handel erachtet die Agenda Austria die Mindestlöhne als zu hoch, da die Produktivität in dieser Branche niedriger ist (Standard 2016_Q2). In der Argumentation zur Abschaffung der kalten Progression wird auch das Leistungsprinzip angeführt. Durch die kalte Progression würden dem Staat Einnahmen zufallen, welche ihm nicht zustehen (Presse 2015_Q1).

Das Leistungsprinzip wird um das Prinzip der individuellen Autonomie ergänzt. So wird argumentiert, dass die individuell zugeschriebenen Leistungen Resultat individuell frei gesetzter Handlungen sind. Beispielsweise fordert die Agenda Austria, die Abschläge bei vorzeitiger Pensionierung zu erhöhen. Es steht den ArbeitnehmerInnen frei früher in Pension zu gehen, wenn sie bereit sind auf Pensionsleistungen zu verzichten (Presse 2016_Q1). Setzt man den Lösungsvorschlag der Agenda Austria, die Löhne im Alter zu senken, um, ist auch Altersarbeitslosigkeit ein frei gewähltes Übel: Wer nicht auf Lohnkürzungen eingeht hat das Risiko der Kündigung frei gewählt (Presse 2015_Q3). Es wird so auch argumentiert, dass bestehende Einkommensunterschiede aufgrund individueller Entscheidungen erklärt werden können. Einkommensungleichheit wird von der Agenda Austria durch der Bereitschaft zu Teilzeitarbeit erklärt: „Menschen verzichten also zugunsten von Freizeit auf zusätzliches Einkommen“ (Standard 2015_Q3)[5]. Im Themenbereich „Föderalismus“ sollen Kosten gespart

[4] Alle Verweise auf den Textkorpus der medialen wirtschafts- und sozialpolitischen Debatte werden in der Form (Medium Jahr_Quartal) angegeben. Der Textkorpus kann jederzeit auf Anfrage bei den Autoren eingesehen werden.

[5] Einerseits wird hier argumentiert, dass Menschen freiwillig in Teilzeit gehen würden, andererseits stellt man fest, dass das Arbeitsvolumen in Österreich in den letzten Jahren gesunken ist, also insgesamt weniger Stunden gearbeitet werden (Standard 2015_Q3; Presse 2016_Q1). Dass Letzteres Einfluss auf Ersteres hat, wird nicht angedacht. Ebenso wird in Abrede gestellt, dass die Jugendarbeitslosigkeit mit der Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters steigen könnte (Presse 2015_Q3). Es scheint als wäre das gesellschaftliche Arbeitsvolumen die Summe des individuellen Ausmaßes der Erwerbsarbeit und dieses ist wiederum rein von den individuellen Entscheidungen der ArbeitnehmerInnen abhängig.

werden, indem den Bundesländern die Steuerautonomie übertragen wird. Sie können so autonom entscheiden, welches Steuerpaket und welche Maßnahmen am besten zu ihrer Situation passen (Presse 2015_Q3). Weiters können Fehlentwicklungen den Ländern individuell angerechnet werden; dass der Bund für Länder bürgt – wie im Fall Kärnten – ist damit nicht mehr vorgesehen (Standard 2015_Q2). Davon verspricht sich die Agenda Austria einen Wettbewerb zwischen den Ländern um Unternehmen und BürgerInnen, welcher zu einer effizienteren Verwaltung führt.

Die Autonomie kann laut Agenda Austria gefördert werden, indem den BürgerInnen der Aufbau von Vermögen erleichtert wird. „In Österreich sorgt der Staat vor. Besser wäre es aber, wenn die Bürger selbst mit ihrer Arbeit zu einem bescheidenen Vermögen kommen könnten“ (Presse 2014_Q4). Dazu muss aber die Abgabenquote reduziert werden. Die Ausfälle der Staatseinnahmen sollen durch eine schlankere Verwaltung und eine Reduktion staatlicher Sozialausgaben erreicht werden (Presse 2014_Q4); der Staat kann sparen, wenn die BürgerInnen für sich selbst sorgen, wie beispielsweise durch private Pensionsvorsorge (Standard 2015_Q4). Auch beim Thema „Wohnen“ soll nicht der Staat Mietwohnungen förder, sondern die BürgerInnen autonomer werden, indem sie Eigentumswohnungen erwerben (Presse 2014_Q4).

Die Zuschreibung individueller Verantwortlichkeit schließt den Staat als aktiven Akteur praktisch aus[6]. Nicht dem Staat ist die hohe Arbeitslosigkeit anzulasten, sondern der fehlenden Nachfrage nach der angebotenen Arbeitskraft auf Seiten der UnternehmerInnen, beziehungsweise dem falschen Angebot an Arbeitskraft auf Seiten der ArbeitnehmerInnen. Dem Staat kommt dann die Aufgabe zu ein Umfeld zu schaffen, welches Nachfrage und Angebot ins Gleichgewicht bringt. Arbeitslosigkeit wird also durch Marktmechanismen

[6] Das hindert die VertreterInnen eines neoliberalen Programms jedoch nicht daran, von der Regierung zu fordern stark durchzugreifen. Ein Meisterstück neoliberaler Widersprüchlichkeit findet sich in den Kommentaren zur Pensionsautomatik. Diese soll den Handlungsspielraum der Regierung bei der Erhöhung des Pensionsantrittsalters reduzieren; das Antrittsalter soll mit steigender Lebenserwartung automatisch angehoben werden, ohne dass politische Entscheidungen getroffen werden können. Die fehlende Handlungsfähigkeit der Regierung zeigt sich laut Agenda Austria darin, dass die Regierung diese Automatik nicht einführt, also handlungsfähig bleibt (Standard 2016_Q1).

verursacht – und kann auch nur durch sie verringert werden. „Zuallererst braucht es bessere Bedingungen für Unternehmer und niedrigere Arbeitskosten. Denn ohne neue Jobs ist die weiter steigende Arbeitslosigkeit nicht in den Griff zu bekommen“ (Standard 2016_Q2). Marktmechanismen sollen auch das Problem der ungleich verteilten Mietpreise lösen. Durch die Deregulierung des Wohnungsmarktes kann der tatsächliche Preis vom Markt bestimmt werden. Auch die Förderung des Wohnbaus durch den Staat führt zu Marktverzerrungen und ist daher negativ bewertet. Der Direktor der Agenda Austria ist „dafür, dass man den privaten Wohnbau stärkt, dass man das private Kapital arbeiten lässt“ (Presse 2014_Q4).

Damit aber entschieden werden kann, wer mit den individuellen Entscheidungen das Beste erreicht hat, muss noch eine dritte Forderung hinzugefügt werden: Chancengleichheit. Viele Forderungen der Agenda Austria zielen auf die Herstellung eines gemeinsamen Startpunktes ab. Von diesem aus können die autonomen Entscheidungen getroffen werden. Diese Idee tritt am Stärksten in der Debatte zu Ungleichheit hervor. „Es geht nicht um Gleichheit um jeden Preis. Sondern darum, die Startpositionen von Kindern aus sozial benachteiligten Elternhäusern zu verbessern. Damit sie frei nach ihren Wünschen und Talenten leben können“ (Presse 2015_Q3). Und wer möchte nicht frei nach den eigenen Wünschen und Talenten leben? Auf Chancengleichheit soll hier vor allem auch das Bildungssystem abzielen. Es wird nicht gefordert, allen Personen kostenlose Hochschuldbildung zu ermöglichen, sondern es sollen Schulen mit „Risikoschülern“ gezielt gefördert werden, damit Chancengleichheit hergestellt wird (Standard 2015_Q4). Die Idee dahinter ist: Starten alle Kinder vom gleichen Punkt aus, haben alle die gleiche Chance ein Studium abzuschließen – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Diese Forderung nach Chancengleichheit findet sich auch in der Debatte um die Steuerautonomie der Länder wieder. Die Agenda Austria sieht ein, dass die Länder mit unterschiedlichen Voraussetzungen in einen Steuerwettbewerb eintreten würden; stärkere Bundesländer hätten damit einen Vorteil, welche die schwächeren im Wettbewerb nicht wettmachen könnten. Daher wird vorgeschlagen bei der Einführung der Steuerautonomie die Chancengleichheit der Bundesländer über einen Finanzausgleich herzustellen (Standard 2015_Q3).

Die Agenda Austria argumentiert für diese drei Prinzipien – Chancengleichheit, Autonomie und Leistungsprinzip – da diese die Marktförmigkeit und Effizienz steigern. Ein aktiver Staat

wird hingegen negativ bewertet, wenn er regulierend und marktverzerrend eingreift. Dies ist das zentrale Argumentationsmuster, welches in allen Themenbereichen vorgefunden werden kann. Dementsprechend stehen die Problemlösungen und Handlungsanweisungen immer in Übereinstimmung mit zumindest einem dieser drei Prinzipien.

4.2 Analyse von Argumentations- und Denkstrukturen von AkteurInnen der Agenda Austria

Nachdem im vorangegangenen Kapitel gezeigt wurde, in welchen thematischen Bereichen wirtschafts- und sozialpolitischer Debatten ProtagonIstInnen der Agenda Austria referiert werden und welche Argumentationsmuster in der Problemdefinition und den Handlungsempfehlungen dabei zu Tage treten, werden in diesem Kapitel, die diesen Argumentationen zugrunde liegenden Denkstrukturen und Denkstile herausgearbeitet.

Betrachtet man die Problemstellungen und die Anlässe der diskursiven Präsenz der Agenda Austria quer über alle in Kap. 4.1 dargelegten Themenbereiche so ist in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle die Kritik an einem Konglomerat „der Politik“ aus teilweise auch synonym verwendeten Terminologien des „(Sozial-)Staates“, „der Regierung“ (und ihrer RepräsentantInnen)[7], der „Verwaltung“ und der „Bürokratie“ auszumachen. Diesem „Staat“, gleichzeitig als Entität und als AkteurIn verstanden, werden explizit wie implizit menschliche Charaktereigenschaften wie Selbstbezogenheit, Egoismus, Faulheit und eine hedonistische Attitüde zugeschrieben. So diene letztlich jede Debatte über neue Steuern dazu „der Regierung das Leben zu erleichtern“ (Presse 2014_Q4) und es wird explizit gefordert das „Nichtstun“ (Standard 2014_Q3) der Regierung, wobei damit das Nicht-Durchführen von Reformen gemeint ist, zu berechnen. Zudem wird es als originäres Interesse des „Staates“ interpretiert, über die Einhebung von Steuern oder (Banken-)Abgaben den Individuen und privatwirtschaftlichen AkteurInnen etwas wegzunehmen, wohingegen man sich auf deren Kosten und unter Abschöpfung deren Produktivität ein leichtes Leben machen könne.

[7] Teilweise werden hier auch noch die Sozialpartner subsumiert, die sinnbildlich für den „überregulierten“, ineffizienten Staat stehen.

Zugleich wird der Staat personalisiert auch als allmächtige, autoritär agierende Instanz beschrieben, die rückwärtsgewandt und zugunsten des eigenen Machterhalts die Handlungsmöglichkeiten von Individuen und Unternehmen einenge. In diesem Sinne werden Steuern immer als „Last“ oder „Belastung“ bezeichnet. Der „Staat“ handle autoritär, indem er Lasten auf individuelle AkteurInnen überwälzt und „Unterwerfung“ unter seine Steuern einfordert: „Ja, wenn man die Einkommen 30 Jahre lang entlastet, kann man sie auch einer Erbschaftssteuer unterwerfen. Aber jetzt hoch besteuerte Arbeitseinkommen auch noch mit einer Erbschaftssteuer zu belasten, halte ich für falsch“ (Presse 2014_Q4). Diesem Denkmuster folgend wird der Staat als Hauptprofiteur sowohl einer Bankenabgabe wie auch einer Erhöhung des Mindestlohns verstanden.

Generell attestiert man dem „Staat“ und seinen RepräsentantInnen Reformunwilligkeit in jedem Bereich und stellt insbesondere dessen Funktionalität in einem dynamischen Wirtschaftssystem in Frage. So agiere der Staat sowohl in seinen bürokratischen und hoheitlichen Aufgaben, wie auch als Investor ineffizient, verkrustet oder gar „versteinert“ und schaffe damit ein „investitionsfeindliches Klima“ (Presse 2015_Q1). Wiederum wird auch in dieser funktionalistischen Denkweise dem Staat eine Attitüde der Allmächtigkeit unterstellt. So wird mehrmals die viel zu hohe Regulierungsdichte sowohl bei Mietverträgen als auch in der Gewerbeordnung beklagt oder man attestiert gar einen „beschleunigten Regulierungsrausch, den man nicht mehr in den Griff bekommt“ (Standard 2016_Q2).

Dem Bild des Staates wird dichotom das Bild des Marktes in vielen Facetten gegenübergestellt, der in diesem Denkmuster gleichzeitig auch als „Nicht-Staat“ verstanden werden kann (Ötsch 2009). Der Markt wird dabei einerseits als positive Projektionsfläche für eine offene, zukunftsorientierte Gesellschaft freier, selbstverantwortlicher Individuen gesehen. Andererseits gilt das den Marktmechanismus konstituierende Prinzip des Wettbewerbs als Garant für ökonomische Prosperität, die bisher durch den Staat gehindert wurde. Die Problemsetzung in den Argumentationsmustern der Agenda Austria knüpft daher in vielen Bereichen an die Dominanz des Staates über den Markt an, was sich in folgendem Zitat zum Sozialen Wohnbau exemplarisch manifestiert: „Es gibt keinen Wohnungsmarkt in Österreich. Der Begriff ‚Markt‘ ist hier nicht zutreffend. Der Staat subventioniert die Gebäude, er subventioniert die Mieten, der Staat greift rigoros in die Mietverträge ein, er

subventioniert die Bauträger, er kontrolliert einen Großteil der Nebenkosten wie Strom, Gas, Wasser, Müll- und Kanalgebühr. Von Markt ist da nicht mehr viel zu sehen“ (Presse 2014_Q4).

Dem „Markt“, der ebenso wie der Staat als Entität wie als Person verstanden wird, werden dabei Metaphern der Bewegung, des Fortschritts und der Vitalität zugeschrieben. So wird mit Bezug auf den Fiskalföderalismus der Schweiz von einem „sehr lebendigem Föderalismus“ (Standard 2004_Q3) gesprochen. Besonders aufschlussreich ist dabei der Diskurs zu Reformen, weil sich dabei auch die Selbstwahrnehmung der Agenda Austria bzw. AkteurInnen einer neoliberalen Reformagenda manifestiert. Zunächst zeigt sich auch hier das Muster dichotomer Gegensatzpaare. Während der Staat und seine AkteurInnen sich dem „Stillstand“ verschrieben hätten, stehen Reformen, etwa mit Verwendung von Bewegungsmethaphern für den Aufbruch – etwa als „[…] Signal, dass sich in diesem Land etwas nach vorne bewegt“ (Presse 2016_Q1).

Da dem Staat ein autoritärer und allmächtiger Gestus zugeschrieben wird, laufen Reformbemühungen immer Gefahr vom Staat unterminiert zu werden. So werden auch Reformen in vitalen Metaphern als „zarte Pflänzchen“ (Presse 2014_Q4) oder als „zarte Reformen“ (Presse 2016_Q2) deklariert. Damit wird suggeriert, dass Reformen schützenswert und pflegebedürftig sind und man Sorge für sie tragen müsse. Während Reformen als einerseits im Angesicht des starken Staates „schwach“ sind, wird gleichzeitig betont, dass Reformen auch körperlich schmerzvoll sein könnten und müssten. Die Verwendung von Schmerzmetaphern ist dabei in Bezug auf die „Politik“ oder den „Staat“ als Heilungsprozess zu verstehen: „Vom Verteidigungsbudget zu Regional- oder Wirtschaftsförderungen, jeder Sektor musste dran glauben“ (Standard 2014_Q3). In diesem Kontext werden auch explizit „schmerzhaft politische Reformen“ oder ein „Sanierungsplan, gespickt mit Grausamkeiten“ positiv konnotiert. Gleichsam müsse der in seiner Starrheit oder „Lähmung“ (Standard 2016_Q2 oder Standard 2015_Q1) pathologisierte Staat auf „schmerzvollem“ Weg geheilt werden. Bisher hingegen sei der reformunwillige Staat maximal daran interessiert gewesen „Symptome zu lindern“ (Presse 2016_Q2).

Mit der dichotomen Gegenüberstellung des Staates mit dem Markt tritt in den Argumentationsmustern der Agenda Austria auch der Bereich der individuellen

Lebensgestaltung zu Tage. Hierbei ist insbesondere das Prinzip der Selbstverantwortung freier Individuen im Zentrum. Unter Selbstverantwortung wird dabei primär die Befreiung aus der „Bevormundung“ des paternalistischen Staates verstanden. Dabei wird wiederum der Bereich des „Nicht-Staates“ mit Attributen der Freiheit belegt. So wird etwa gefordert dass „das Gesetz […] beim Mietvertrag mehr freie Hand lassen“ (Presse 2014_Q4) solle. Wiederum steht der Staat, in diesem Kontext als gesetzgebende Instanz hier für Zwang und Unfreiheit, wobei der Fokus dabei quasi ausschließlich auf ökonomischen Freiheitsrechten liegt. Der Markt, konkret hier etwa der private Wohnungsmarkt, ermögliche hingegen den Individuen folgerichtig erst die Freiheit: „Es wäre wünschenswert, wenn jeder frei wohnen könnte“ (Presse 2014_Q4). Neben der Debatte zum Sozialen Wohnbau wird die Dichotomie aus Freiheit im Markt und Zwang des Staates in Debatten zu arbeitsmarktpolitischen Reformen sowie der Pensionsreform sichtbar. Dabei wird Freiheit quasi synonym zu ökonomischer Freiheit gesehen und meist implizit die Perspektive von Unternehmen eingenommen. So werden die Forderung nach mehr Flexibilität, die Aufhebung des Kündigungsschutzes für ältere ArbeitnehmerInnen, die stärkere Anbindung der Lohnentwicklung an Leistung und Produktivität immer als Erhöhung der Freiheit des selbstverantwortlichen Individuums verstanden. Dazu kann insbesondere in der Debatte zur Mindestsicherung gezeigt werden, wie über das Prinzip der Selbstverantwortung Wettbewerbsdruck auf Arbeitsmärkten individualisiert werden kann, wobei hier Analogien zu Lakoff’s (2002) konservativem Staatsmodell des „strict fathers“ offenbar werden. Neben dem positiv konnotierten Verweis auf die Hartz 4-Arbeitsmarktreformen in Deutschland manifestiert sich die Zustimmung zu aktivierenden Arbeitsmarktpolitikmaßnahmen und restriktiven Sozialpolitikmaßnahmen. So wird auf Erfolge von „strengere[n] Auflagen für Sozialhilfebezieher mit mehr Geld für Schulungsmaßnahmen“ (Standard 2014_Q3) oder die Verhinderung von unterstellter Arbeitsunwilligkeit von FrühpensionistInnen („Es ist nicht mehr so leicht, sich in der Frühpension zu verstecken“, Presse 2016_Q2) verwiesen.

Das Prinzip der Selbstverantwortung wird der Denklogik des neoklassischen Arbeitsmarktmodells, wonach Arbeitslosigkeit (und damit auch die Höhe des Arbeitsangebots an sich) immer freiwillig sei folgend auf die Verteilung von Arbeitszeit und die Verteilung von Einkommen übertragen. So wird argumentiert, dass Individuen implizit durch ihre Arbeitsentscheidungen (freiwillige Reduktion auf Teilzeit und damit geringeres

Einkommen) ein höheres Maß an Ungleichheit wählen: „Man kann also davon ausgehen, dass der Anstieg der Teilzeitbeschäftigung eher ein Zeichen eines gut ausgebauten Sozialstaats als ein Zeichen dafür ist, dass immer mehr Arbeitnehmer in prekäre Arbeitsverhältnisse gezwungen werden“ (Presse 2015_Q3).

Schlussendlich kommt man zu dem Fazit, dass die Frage von Ungleichheit, wie hoch sie auch sei, niemals zu einer normativen Frage werden könne. Vielmehr gilt auch hier die Dichotomie von Staat und Markt: „Die [Österreicher, Anm.d.A.] wissen genau, dass nicht die Herren Mateschitz und Haselsteiner ihr Problem sind, sondern der Staat, der ihnen schon bei niedrigen Einkommen mehr als die Hälfte wegnimmt“ (Presse 2014_Q4).

5 Fazit

Zusammenfassend lässt sich die Argumentationslogik der Agenda Austria in den acht in diesem Artikel identifizierten Teildebatten auf ein dichotomes Grundmuster der Gegenüberstellung von „Staat“ und „Markt“ zurückführen, die jeweils zugleich als Entität und Akteur gedacht werden. Während „Staat“ hier ein heterogenes Bündel aus Parteien, Regierung, Verwaltung, Bürokratie und Gesetzen, die Politik generell und deren jeweilige RepräsentantInnen ausmacht, wird der „Markt“ als superiores Prinzip gesellschaftlicher und ökonomischer Ordnung (Wettbewerb, Konkurrenz, Privateigentum, …) verstanden, der mit Freiheitsattributen versehen wird. Freie UnternehmerInnen und wirtschaftende Individuen hingegen werden gleichsam zu RepräsentantInnen des Marktes.

Dem dichotomen Grundmuster der Argumentation, die als Repräsentation einer dichotomen Denklogik verstanden werden kann folgend, wird der „Staat“ zum Sinnbild eines teilweise pathologischen Zustands von Stillstand, Inaktivität und Starrheit. Demgegenüber steht das Bild des Marktes und das Marktprinzip stützender Reformen, das mit Metaphern der Bewegung und Beweglichkeit sowie der Vitalität und Aktivität beschrieben wird. Während sich die Zurückdrängung des Staates und staatlicher Prinzipien, die als autoritär, paternalistisch, bevormundend und einengend diskreditiert werden, folgerichtig in den impliziten und expliziten politischen Handlungsempfehlungen der Agenda Austria wiederspiegelt, wird auffallend wenig über die individuellen Konsequenzen des Selbstverantwortungsprinzips reflektiert. Wird also etwa ökonomische Ungleichheit bei

gleichzeitigem Verweis auf das Selbstverantwortungsprinzip letztlich als Resultat freier Entscheidungen freier Individuen verstanden, wird jegliche Maßnahme zur Reduktion von Ungleichheit nicht nur obsolet sondern wirkt auch freiheitsbeschneidend. Bezieht man diese Überlegung wiederum auf die in Anschluss an Foucault aufgeworfene Frage nach der Ambivalenz von über Diskurse vermittelten Handlungsnormen und der scheinbaren Ausweitung von freien Handlungsoptionen im neoliberalen Kapitalismus, so zeigt sich, dass hier den Prinzipien Leistung, Selbstverantwortlichkeit und Wettbewerb normative Geltung zukommen muss. Diese werden somit zur unhinterfragbaren, weil dem Marktmechanismus entsprechenden, gesellschaftlichen Norm für alle Individuen, auch wenn im konkreten Fall (etwa in der Mindestsicherungs- oder Pensionsdebatte) Handlungsoptionen real eingeschränkt werden. Neben ökonomischen Zwängen werden die erweiterten Handlungsmöglichkeiten oftmals durch staatliche Maßnahmen zur Fremdführung eingeschränkt. Beispielsweise soll der Übergang von Erwerbsarbeit zu Pensionierung flexibler gestaltet werden, doch der Staat soll regulierend eingreifen, indem vorzeitige Pensionierungen mit höheren Abschlägen sanktioniert werden. Die reale Einschränkung der erweiterten Handlungsmöglichkeiten besteht in der Beeinflussung der Handlungswahrscheinlichkeiten, es ist also zwar möglich den Zeitpunkt des Pensionseintritts „frei“ zu wählen, muss dabei aber mit den unmittelbaren ökonomischen Konsequenzen rechnen.

Es stellt sich hiermit und abschließend also auch die Frage wessen Handlungsoptionen zugunsten der Einschränkung der Handlungsoptionen des „Staates“ in dem hier untersuchten Diskurs tatsächlich erhöht werden sollen. Oder man könnte auch fragen, warum ein nicht unwesentlicher Teil der österreichischen (Finanz-)Industrie zu den finanziellen Förderern der Agenda Austria zählen könnte.

6 Literatur

Bublitz, Hannelore (2014): Gouvernementalität, Normalisierung und Selbstführung. Erschienen in: Vasilache, Andreas (ed.): Gouvernementalität, Staat und Weltgesellschaft. Studien zum Regieren im Anschluss an Foucault, Wiesbaden: Springer VS, 83–100.

Fairclough, Norman/Wodak, Ruth (1997): Critical discourse analysis. In: Van Dijk, Teun A. (ed.): Discourse Studies: A Multidisciplinary Introduction. Vol. 2. London, 258-284.

Fischer, Frank/Forester, John (1993, ed.): The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning. London.

Fleck, Ludwik (1935/1980). Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foucault, Michel (1991): Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

Foucault, Michel (1994): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Fraser, Nancy (2003): Von der Disziplin zur Flexibilisierung? Foucault im Spiegel der Globalisierung. In: Honneth, Axel/ Saar, Martin (eds.): Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurter Foucault-Konferenz 2001, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 239–58.

Jäger, Siegfried (2012): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster: UNRAST

Köppl-Turyna, Monika/Mayrbäurl, Cornelia/Schneider, Friedrich (2016): Nicht von wissenschaftlichem Erkenntnisgewinn motiviert. Replik der Denkfabrik Agenda Austria auf: „Pühringer, Stephan/Stelzer-Orthofer, Christine (2016): Neoliberale Think Tanks als (neue) Akteure in österreichischen gesellschafts- und sozialpolitischen Diskursen. Das Beispiel des Hayek Institut und der Agenda Austria“. SWS-Rundschau 56(1), 75-96. SWS-Rundschau 56(2), 266-273.

Lakoff, George (2002): Moral Politics. How Liberals and Conservatives Think. Chicago and London: The University of Chicago Press.

Lakoff, George/Johnson, Mark (1980): Metaphors we live by. University of Chicago Press Chicago.

Lakoff, George/Johnson, Mark (1999): Philosophy In The Flesh: the Embodied Mind and its Challenge to Western Thought. New York: Basic Books.

Lemke, Thomas (2003): Andere Affirmationen. Gesellschaftsanalyse und Kritik im Postfordismus. In: Honneth, Axel/ Saar, Martin (eds.): Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurter Foucault-Konferenz 2001, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 259–74.

Lemke, Thomas/ Krasmann, Susanne/ Bröckling, Ulrich (2000): Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. In: Bröckling, Ulrich/ Krasmann, Susanne/ Lemke, Thomas (eds.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 7–40.

McGann, James (2016): 2015 Global Go To Think Tank Index Report. TTCSP Global Go To Think Tank Index Reports. Paper 10. http://repository.upenn.edu/think_tanks/10

McGann, James G./Weaver, R. Kent (2005): Think Tanks and Civil Societies: Catalysts for Ideas and Action. New Brunswick.

Mirowski, Philip (2013): Never Let a Serious Crisis Go to Waste: How Neoliberalism Survived the Financial Meltdown. London / New York: Verso.

Ötsch, Walter O. (2009): Mythos Markt. Marktradikale Propaganda und ökonomische Theorie. Marburg: Metropolis.

Ötsch, Walter/Pühringer, Stephan (2015): Marktradikalismus als Politische Ökonomie. Wirtschaftswissenschaften und ihre Netzwerke in Deutschland ab 1945. ICAE Working Paper Series 38. University of Linz.

Pieper, Marianne (2003): Regierung der Armen oder Regierung von Armut als Selbstsorge. In: Pieper, Marianne/ Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (eds.): Gouvernementalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault, Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag, 136–60.

Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard (2006): Between Network and Complex Organization: The Making of Neoliberal Knowledge and Hegemony. In: Walpen, Bernhard/Plehwe, Dieter Plehwe/Neunhöffer, Gisela (eds.): Neoliberal Hegemony: A Global Critique. London: Routledge: 27–70.

Pühringer, Stephan/Stelzer-Orthofer, Christine (2016): Neoliberale Think Tanks als (neue) Akteure in österreichischen gesellschafts- und sozialpolitischen Diskursen. Das Beispiel des Hayek Institut und der Agenda Austria.) SWS-Rundschau 56(1), 75-96.

Schlögl, Matthias/Plehwe, Dieter (2015): Schlagseite programmiert. Die neue Generation parteiischer Think Tanks in Österreich. Kurswechsel 2/2015, 28-43.

Schmitt, Rudolf (2005): Systematic Metaphor Analysis as a Method of Qualitative Research. The Qualitative Report 10 (2), 358-394.

Thunert, Martin (2006): The Development and Significance of Think Tanks in Germany. German Policy Studies 3(2), 185-221.

Wodak, Ruth (ed., 2013): Critical Discourse Analysis, Vol. 1, Concepts, History, Theory. London: SAGE.